

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämtliches Verordnungsblatt



Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 8.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Zeile, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Hg., die zweispaltige (Zeile, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 45.

Steinheim, Dienstag, den 19. April 1921.

28. Jahrgang.

Ziele und Wege.

Von Landwirt Fr. Döblich-Buchenhof, M. d. R.

Menschen kommen und gehen. Familien werden neu gegründet und sterben aus. Nationen und Völker selbst können zugrunde gehen durch inneren Zerfall oder unter dem Druck von außen. Was aber immer bleiben wird, das ist der Grund und Boden, der jährlich neu befruchtet werden muß, um Früchte hervorbringen zu können, daß der gesamten Menschheit die Lebensmöglichkeit gegeben ist.

Uns Landwirten ist diese hohe Aufgabe zuteil geworden. Wir müssen diese Aufgabe erfüllen zum Wohle der gesamten Menschheit, zum Wohle des Staates, der Familie und des einzelnen Menschen selbst. Erst in letzter Linie sollen wir an das eigene Wohl denken, in erster Linie an das Wohl des Staates und damit der gesamten Bevölkerung. Nur in einem Staate, der innerlich gesund ist, kann die gesamte Bevölkerung auf die Dauer ein menschenwürdiges Leben führen. Wo aber der Sinn für Erhaltung und Förderung der Familie verloren gegangen ist, wird auch bald der Sinn für das Wohl der großen Familie, für das Wohl und für die Erhaltung des Staates verloren gehen.

Wenn dem einzelnen nicht mehr die Möglichkeit gegeben ist, für die Erhaltung, für die Zukunft seiner Familie zu sorgen, wird seine Kraft bald erlahmen zum Schaden seiner selbst, zum Schaden seiner Familie, des Staates und am Ende der gesamten Menschheit.

Die Wege zur Erreichung dieser Ziele können sehr verschieden sein, das Ziel muß das gleiche bleiben. Gedanken und Ideen werden wechseln, müssen sich den Bedürfnissen der Zeit anpassen. Wir können nicht starr festhalten an alten Ueberlieferungen.

Neue Gedanken werden immer wieder kommen, aber auch an neue Gedanken kann man sich nicht zäh klammern.

Wie die Menschen kommen und gehen, so kommen und gehen Ideen und Gedanken, nur große Ziele bleiben bestehen.

Jeder einzelne soll für seine Gedanken, seine Ideen kämpfen, aber er soll nicht kämpfen für sich, für seine eigene Person, er soll kämpfen für das Wohl des Vaterlandes.

Vor neuen Verhandlungen?

England erwartet neue deutsche Vorschläge.

Das Reutersche Büro vorbereitet folgende Mitteilung: Ein vernünftiges neues Angebot, das Deutschland ausreicht in der Absicht machen würde, die berechtigten Ansprüche der Alliierten zu befriedigen, würde von der britischen Regierung mit sorgfältigster Aufmerksamkeit aufgenommen werden.

Weiter heißt es in der Erklärung:

Man glaubt in autorisierten englischen Kreisen, daß Deutschland jetzt nicht mehr zögern werde, neue Angebote zu machen, besonders da die jetzt in Anwendung befindlichen Strafmaßnahmen, die die Unversöhnlichkeit aller Vertragsunterzeichner aufweisen, einen merkwürdigen Eindruck auf die deutsche Industrie ausüben. Es sei klar, daß ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland sich in der Erwartung getäuscht sah, daß unter den Alliierten Meinungsverschiedenheiten auftreten könnten.

Diese Auffassung erregende halbamtliche englische Erklärung enthielt mit aller Deutlichkeit den Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Politik. Während Frankreich jetzt unbedingt zu schärfsten Gewaltmaßnahmen greifen will, möchte man in England, wenn es irgend geht, das Neueste vermeiden. Es spielen dabei wohl auch innerpolitische Gründe mit, die England augenblicklich hindern, größere außenpolitische Aktionen zu unternehmen, so daß Frankreich am Rhein allein operieren würde. Das will ja auch Frankreich, aber gerade das möchte England verhindern. Es läßt seinem Alliierten Deutschland gegenüber zwar die Pütel recht locker, aber es will sie auf jeden Fall in der Hand behalten.

Darum die überraschende Aufforderung zu neuen deutschen Angeboten. Allerdings erwartet sie nur „vernünftige“ Vorschläge, d. h., was Lloyd George und Briand so vernünftig nennen. Die Londoner Angebote Simons', die das Neueste der deutschen Zahlungsfähigkeit darstellen, wurden damals als inakzeptabel bezeichnet. Und ob jetzt die Ansicht hierüber anders ist? Höchst interessant ist in dieser Beziehung eine Mitteilung der englischen hochkonservativen und monarchisch-feindlichen „Morningpost“, die zu berichten weiß, die Wiederherstellungskommission habe zu ihrer eigenen Überraschung festgestellt, daß das feinerzeitige deutsche Angebot eine Summe darstelle, die den von der Pariser Konferenz geforderten Betrag überschreite. Die Londoner Konferenz sei leider so gleich mit der Ablehnung des deutschen Vorschlages fertig gewesen, während die Sachverständigen der Entente sich noch nicht einmal den wirtlichen Wert des deutschen Angebotes hätten ausrechnen können.

Ob diese, übrigens von der ganzen französischen Presse verdächtige, in Deutschland aber längst bekannte Feststellung einen Einfluß auf die Begriffe der englischen Regierungskreise über die „Vernünftigkeit“

eines deutschen Angebotes haben werden, sei dahingestellt. Jedenfalls ist sie recht bezeichnend für die Haltung der Entente.

Ein gewisser englisch-französischer Gegensatz ist also zweifellos vorhanden, es ist aber doch mehr als fraglich, ob dieser eine ernste Uneinigkeit zwischen den beiden Verbündeten zur Folge haben wird. Die halbamtliche Reuters-Mitteilung stellt deutlich fest, daß Deutschland auf Meinungsverschiedenheiten der Alliierten über scharfe Anwendung der „Sanktionen“ nicht rechnen dürfe. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln. Dennoch gibt uns die englische Aufforderung eine letzte Möglichkeit, das Neueste, so weit es an uns liegt, zu verhindern. Die Reichsregierung wird dieses letzte Mittel ergreifen müssen, aber mehr als sie bisher geboten hat, kann sie nicht bieten. Will man das nicht annehmen, dann muß der Feind eben selbst kommen, um zu sehen, daß Deutschland tatsächlich nicht mehr leisten kann, als es bereits angeboten hat.

Hardings 7 Punkte.

Sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens.

Aus Washington wird berichtet: Anschließend an seine Botschaft hat Präsident Harding sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens in folgenden sieben Punkten zusammengefaßt:

1. Aufhebung des Vertrages von Versailles, einschließlich der Völkerbundsaufstellung;

2. Annahme der Resolution Knox, durch die der Friedenszustand erklärt wird;

3. Aufnahme von besonderen Friedensverhandlungen mit Deutschland, durch die eine bestimmte Kriegsschädigung festzusetzen und durch die die übrigen sich aus dem Kriege ableitenden Fragen geregelt werden sollen;

4. Anerkennung des in der Resolution Knox ausgesprochenen Grundgedankes der Mitwirkung Amerikas an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, falls dieser durch irgendeine Macht oder eine Vereinigung von Mächten bedroht werden sollte;

5. Annahme einer Resolution, durch die die Eingetragene der Vereinigten Staaten mit den alliierten Mächten darüber festgestellt wird, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg trägt und verpflichtet ist, die Kriegsschäden bis zur Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit wieder gutzumachen;

6. Aufnahme von Verhandlungen mit England und Japan über die Einschränkung der Kriegsausstattungen;

7. Aufnahme von Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Völkerbundes zur Erhaltung des Weltfriedens. Amerika wird diesem Bunde beitreten unter Aufrechterhaltung des Prinzips seiner Aktionsfreiheit und der Nichtmischung in rein europäische Angelegenheiten.

Senator Knox hat seine Resolution zur Herstellung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland jetzt im Kongreß eingebracht. Die Resolution wurde zunächst dem auswärtigen Ausschusse überwiesen. Knox hat die Fassung seines Beschlusses noch im letzten Augenblicke entsprechend den Wünschen Hardings in seiner Botschaft geändert und ihr eine lediglich „erklärende Form“ gegeben.

Ferner hat Senator Borah im Senat eine Resolution eingebracht, daß der Präsident ermächtigt wird, mit England und Japan wegen Einschränkung des Flottenbaues zu verhandeln.

Wenn man von „sieben Punkten“ des neuen amerikanischen Präsidenten hört, denkt man unwillkürlich an das Schicksal der „vierzehn Punkte“ Wilsons ungeliebten Angehörigen. Allerdings ist Harding aus anderem Holze geschnitten als sein Vorgänger. Die Kongreßkommission Hardings hat ja bereits klar bewiesen, daß er sich nicht wie dieser in das Schlepptau der Entente nehmen lassen würde. Das will allerdings noch nicht sagen, daß er jetzt etwa besonders für Deutschland eintreten will. Im Gegenteil, den Grundzug seiner Politik bildet einzig und allein das Interesse seines Landes; der Hauptvorwurf, den man in Amerika Wilson machte und der ihm das Genick gebrochen hatte, ist ja gerade, daß er die Interessen Amerikas zugunsten der Entente preisgegeben hat. Würde Harding dasselbe zugunsten Deutschlands tun, so wäre das, in amerikanischem Lichte gesehen, ein gleich schwerer Fehler.

Über schon die christliche Neutralität, die aus Hardings Programm hervorleuchtet, berührt uns Deutschen sonst auf der ganzen Welt nur mit Haß, Feindschaft und Gewalttätigkeit begegnet wird, so überaus sympathisch, daß wir leicht geneigt sind, sie als mehr zu nehmen, als sie tatsächlich ist.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt tatsächlich die mächtigste Nation der Erde; nach Washington sind die Blicke der Steuer wie die der Besiegten gerichtet, die einen ängstlich, die anderen flehend. Die Besiegten hoffen von dort her Hilfe irgend welcher Art, wenn sie ihnen nur die Lebensmöglichkeit wiedergibt, die anderen aber wollen den verlorenen Bundesgenossen wiedergewinnen, damit er sie nicht

höre bei ihrem Vorhaben, den besiegten, mehrlosen Gegner völlig auszublenden.

Alle aber erhoffen von Amerika die Lösung des fast unentwirrbaren Konfliktes, in den Europa geraten ist und der eine Gefahr für die ganze Welt zu werden droht. Durch die Gewalttätigkeit der Entente ist ja die ganze Angelegenheit der Kriegsschädigung und Wiederherstellung jetzt derart verfahren, daß eigentlich nur noch ein Anstoß von außen her, der den Wagen auf ein neues, nicht befahrenes Gleis bringt, die Angelegenheit wieder ins Rollen zu bringen vermag und so die Aussicht auf ein für alle erreichbares Ziel eröffnet. Das scheint Harding nach seinem Programm auch im Sinne zu haben; wie er das aber anfangen will, darüber hüllt er sich in Schweigen. Nur das eine ist sicher, daß er sich hierbei von keinem anderen beeinflussen oder führen lassen wird, sondern, daß er seine eigenen Wege gehen wird.

Milchbewirtschaftung.

Die in nächster Zeit in Bremen tagende Landwirtschaftskonferenz wird sich vor allem mit der Bewirtschaftung der Milch befassen. Die Reichsregierung will durch Einführung von Lieferungsverträgen den drohenden Zusammenbruch abwenden. Die maßgebenden landwirtschaftlichen Kreise glauben indessen nicht, daß dieser Vorschlag Erfolg haben wird, wenn die Lieferungsverträge irgendwie mit der Zwangswirtschaft in Verbindung gebracht werden. Dagegen liegt die Notwendigkeit vor, alle wirtschaftlichen Kräfte, die früher die Versorgung der Städte gewährleisteten haben, wieder in ihre Tätigkeit einzusetzen. Dies ist vor allem das Interesse an der Milchherzeugung und die Freiheit von bürokratischen Fesseln. Das Ziel wird durch die Festsetzung eines bestimmten Lieferungspreises, durch behördlich festgesetzte Preise und sonstige Zwangsmittel, die in Aussicht genommen sind, nicht erreicht. Der einzige Weg ist vielmehr, die Milchversorgung der Bevölkerung unter Wiederherstellung der früheren Bezugs- und Lieferungsbedingungen zu sichern und den Milchfabrikanten in den Verbraucherbezirken in seiner Gesamtheit zu organisieren. Es erscheint durchaus falsch, das Hauptgewicht auf die Deckung des Notwendigkeits durch Lieferungsverträge zu legen, die auf der Zwangswirtschaft beruhen, zu legen und alles andere der Zwangswirtschaft und dem Schleichhandel zu überlassen. Durch Konfessionszwang ist der wilde Milchhandel zu verhindern. Erzeuger und Händler müssen sich zur Milchversorgung zusammenschließen, um so den Bedarf der Großverbraucherbezirke zu decken. Hierbei werden sich naturgemäß wieder die alten Beziehungen zwischen den Städten und ihren Verbrauchsbezirken anbahnen. Die Preise dürfen nicht behördlich festgesetzt sein. Eine Gefahr ihrer zu hohen Steigerung besteht nicht, nur wäre der Milchpreis und der Butterpreis in das richtige Verhältnis zu bringen. Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Absatzbezirken gibt zu Bedenken keinen Anlaß, da im allgemeinen die Städte von Alters her ihr bestimmtes Bedarfsdeckungsgebiet besitzen.

Politische Moral der Gegenwart.

Die Entente hat den Kölner Oberregierungsrat Dr. Seidel beschlagnahmt und für ihre „Sanktionen“ verwenden wollen. Er sollte also im Dienste unserer Gegner sein eigenes Vaterland die in London beschlossenen Gewaltmaßnahmen durchführen helfen. Dr. Seidel hat das abgelehnt, und nun schiebt die Interalliierte Kommission in Koblenz gern, wenn er — er will nunmehr in Berlin — von der deutschen Regierung zur Bestrafung durch eines der vielen Kriegsgesichte der besetzten Gebiete ausgeliefert würde.

Das ist ein Verlangen, das ganz dem Geiste von Versailles entspricht, so wenig es rechtlich auch auf Versailles zu fußen vermag, das ist aber auch ein Verlangen, das wieder einmal zeigt, wie es in der Welt heute dank den Staatsmännern von Versailles aussieht. Einen Beamten gegen sein eigenes Land verwenden und ihn bestrafen zu wollen, wenn er sich einer solchen unerhörten Zumutung widersetzt, das ist ein Beginnen, das in der Politik früherer Zeiten einfach unmöglich gewesen wäre. Wir Deutsche lieben es im allgemeinen nicht, dem Gegner den „Bock“ und den „Hamm“ in entsprechenden Schimpfwörtern zurückzugeben, aber hier haben wir es wirklich mit einem politischen Barbarentum zu tun, das einmal vor aller Welt gekennzeichnet werden mußte.

In Koblenz weiß man natürlich, was man will und was man braucht. Die ganze Politik am Rhein, diesen Handlangerdienst für den ultra-imperialistischen Chauvinismus in Paris, kann man nur mit Hilfe der deutschen geschulten Beamten zuwege bringen. Versagen diese, dann klappt der ganze Apparat nicht, dann fehlen die Kräfte, dann fehlt jede Möglichkeit, der Durchführung der Zollgrenze am Rhein. Das weiß man in Koblenz ebenso gut wie in Paris, darum möchte man jeden Widerstand der deutschen Beamenschaft von vornherein ausschalten, indem man an einem großen Beispiel zeigt, was dem Widerstand folgen würde. Bekäme man den Oberregierungsrat Dr. Seidel zur Bestrafung in die Hand, dann dürfte diese Strafe abschreckend wirken. Weil man das zu

wissen glaubt, darum möchte man sich auf solch ein selbst für die gegenwärtige politische Moral sehr bedenkliches Vorgehen einlassen, weil es ein Gewissenszwang der geschilderten Art wäre, der nicht einmal von einem Elfen mit einigem moralischen Recht verlangt werden dürfte.

Aber es wäre doch nun Sache des Weltgewissens, sich einmal die Frage zu stellen, was das Ende von einem solchen wirklich gartigen politischen Liebeswade. Soll es so weitergehen mit der Verwilderung der politischen Moral, nur weil man vom Zwang nicht lassen will, alle Hoffnungen nur auf ihn setzt, und von Verhandlungen, vom wirklichen Weg zum Frieden, nichts wissen will. Man hat sich mit den Londoner Beschlüssen festgerannt, man sieht nicht ein, was werden soll; was man sich von den neuen Gewaltmaßregeln zunächst versprochen haben mag, und weil man in einer Sackgasse steht, darum möchte man es erst recht mit der Gewalt versuchen. Der Fall Seidel ist ein bezeichnendes Beispiel für die politische Moral von heute und für den Fregarten, den der Feindverband in seinen Zwangsvorstellungen durchwandert anstatt den klaren Weg der Verhandlungen zu gehen. Die nackte Gewalt triumphiert überall dort, wo der Kriegsausgang Schwache und Unterlegene schuf, darum finden wir nicht den Weg zum Frieden.

Die Steuererklärung.

Einiges Beachtenswerte zur Abgabe der Einkommensteuererklärung.

Für die Abgabe der jetzt einzureichenden Steuererklärung ist mancherlei zu beachten, was gerne übersehen wird oder worüber bei der herrschenden Wirrnis in der Steuergesetzgebung Unklarheit herrscht. So sei darauf aufmerksam gemacht, daß jeder, der im Steuerjahr 1920 — bezw. bei landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben im Wirtschaftsjahr 1920 — ein Einkommen von über 10 000 Mark gehabt hat, verpflichtet ist, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ihm ein Formular dazu nicht zugefand ist. In solchem Falle muß er sich das notwendige Formular bei dem zuständigen Finanzamt selbst besorgen. Diejenigen Steuerpflichtigen, denen ein Formular zugefand ist, sind auch dann erklärungs-pflichtig, wenn sie ein Einkommen unter 10 000 Mark hatten.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung läuft in allen Bezirken am 30. April ab; wer sie nicht inne-hält, hat zu gewärtigen, daß ihm ein Zuschlag von 10 v. H. zu der zu zahlenden Steuer auferlegt wird.

Diese Bestimmungen gelten auch für alle Ar-beitnehmer, denn der Steuerabzug vom Lohn war nur eine vorläufige Abschlagszahlung auf die zu entrichtende Einkommensteuer. Die so abgezogenen Steuern werden selbstverständlich voll auf die endgültig zu entrichtende Steuer angerechnet. Die von den Ar-beitnehmern nachzahlenden Beträge werden aber in-folge der durch die Einkommensteuernovelle bedeutend ermäßigten Steuersätze nur gering sein, in einzelnen Fällen — besonders bei kinderreichen Familien — dürfte der Steuerpflichtige sogar noch etwas herausbekommen, weil doch erst bei der endgültigen Veranlagung die gerade bei kinderreichen Familien recht hohen Ver-bungskosten in Anrechnung kommen.

Es sei weiter erwähnt, daß der Steuerfah jetzt bei Einkommen bis 24 000 Mark 10 Prozent beträgt, daß ferner von dem nach Abzug der Werbungskosten um, festgesetzten Steuerbetrag noch für den Steuer-pflichtigen, seine Ehefrau und jedes zu seinem Haus-halt zählende Kind, falls sein Einkommen unter 60 000 Mark beträgt, je 120 Mark abgezogen werden. Beträgt das Einkommen 24 000 Mark und weniger, dann wird für jedes minderjährige Kind gar 180 Mark abge-zogen. Diese Abzüge sind an Stelle des bisherigen steuerfreien Existenzminimums getreten.

Spitzen.

Roman von Paul Iwan.

Die vorzüglichen Dienste, die er durch seine unermüdete Arbeit geleistet hatte, wurden übrigens in glänzender Weise gewürdigt. Mit dem Titel eines Legationsrates wurde er als zweiter Sekretär an die Wiener Botschaft versetzt.

Bevor er sich auf seinen neuen Posten begab, erbat und erhielt er einen zweimonatlichen Urlaub für Mai und Juni „zur Erledigung einer wichtigen Familienangelegenheit“.

Die Hochzeit des glücklichen Paares wurde auf Menthin in der Mitte des Juni gefeiert. Es war ein glänzendes, herrliches Fest. Nur eines wurde schmerzlich bedauert, und von niemand schmerzlicher als von der blühenden und strahlenden Witze: daß sich Gräfin Juliane von Hened das Glück ihrer Cousine nicht freuen durfte und durch ihr noch immer andauerndes Leiden von der Freudenfeier ferngehalten wurde.

Gräfin von Hened hatte jedoch nach Beendigung des Prozesses auf ärztliches Gebot Berlin verlassen und sich in Begleitung ihres Mannes in ein stilles, hochgelegenes Dorf des Berner Oberlandes zurückge-zogen, um in weltabgeschiedener Einsamkeit und Ruhe ihre stark zerrütteten Nerven allmählich zu be-ruhigen und zu stärken. Jede Aufregung freudiger wie leidiger Natur mußte von ihr ferngehalten werden. Deshalb hatte sich auch Graf Albrecht von Hened am Menthiner Freudentage allein mit einem Glä-dungstelegramme eingestellt.

Die zweite Hälfte des Juni verbrachte das seltsame junge Paar in der herrlichen Natur der Tiroler Berge und des Salzammergutes. In den ersten Tagen des Juli bezogen Fürst und Fürstin von Engenheim eine reizende Villa in Wöllau.

Die Wiener Sommergäste stießen sich mit den En-bogen an, wenn der blonde Fürst Ulrich mit seiner entzückend lieblichen jungen Frau an ihnen vorüber-ging, und mit freudigem Lächeln blühte man ihnen nach.

Da war Bornehmheit, Bildung, Ueberfluß! Da war Jugend und Liebe! Da war das Glück! Da die ungetrübte Freude das Daseins!

Zweiter Teil.

XV.

Dreimal war der Lenz gekommen seit jenem schred-lichen Tag, an dem Juliane vor den ersten Männern in schwarzer Antikstrich die Schwurfinger hatte erheben müssen, seit dem Tage, an dem sie am Eingang zum Gerichtssaal mit dem Fürsten Ulrich von Engenheim

Der Raub Oberschlesiens.

Briand spricht das Industriegebiet den Polen zu.

Im Auswärtigen Ausschuss der französischen Kam-mer erklärte Briand auf eine Anfrage über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien, daß der Vertrag von Versailles wie auch der zum Ausdruck gekommene Wille der Bevölkerung das Recht gebe, eine Teilung des Abstammungsgebietes vorzunehmen, und zwar in der Art, daß man Polen die Gruben und die industrielle Zone, und Deutschland die landwirtschaftliche Zone.

Bevor überhaupt die Interalliierte Kommission in Dylein dazu gekommen ist, ihren Vorschlag fertig-zustellen, weiß Herr Briand also bereits, wie dieser Vorschlag aussehen wird. Wahrscheinlich eine starke pro-polnische Begabung!

Hier wird uns deutlich gezeigt, wohin die Karre fahren soll. Hier muß beizeiten gebremst werden mit all den, ach so schwachen Mitteln, die der deutschen Regierung zur Verfügung stehen. Eine Entscheidung, wie sie Briand will, widerspricht in allem den Bestim-mungen des Versailler Vertrages. Dieser Schandver-trag hat Deutschland ja fast völlig rechtlos gemacht, aber die geringen Rechte, die er uns läßt, dürfen wir auf keinen Fall aufgeben.

Was wird nun am 1. Mai?

!! Wenn es nach den Pariser Drohhreden ginge, würde Deutschland einfach hingerichtet werden. Steht man aber genauer zu, so ist die Guillotine noch längst nicht fertig.

Die Herren Sieger verhandeln noch untereinander, und zwar mit allen Künsten und Kniffen der Geheim-diplomatie, die angeblich abgeschafft werden sollte, aber noch ebenso in Blüte steht, wie der feierlich bekämpfte Militarismus und Imperialismus. Auch das außer-ordentliche Opfer, das arme Deutschland, bereitet neue Ver-handlungen vor.

Im Londoner Unterhause wurde angefragt, ob die englische Regierung ein Abkommen mit Frankreich über dessen Pläne getroffen habe. Lloyd George ließ ant-worten: „Nein.“ Weiter nichts. „Gute Rede sei ja — ja, Nein — nein“, steht im Evangelium. In der Diplo-matie gilt das kurze „Nein“ nicht als vollwertig. Wenn kein förmliches Abkommen getroffen ist, kann doch eine Verständigung erfolgt sein, und wenn die Abmachung noch nicht fix und fertig ist, so kann sie doch gerade vor dem Abschluß stehen. Was er weise verschweigt, zeigt den Meister des diplomatischen Stils.

Einige sagen, Lloyd George und die französischen Machthaber seien wirklich schon einig, und zwar auf der Grundlage, daß Frankreich den Engländern freien Spielraum gewähre in Syrien und im ganzen Osten, während England den Franzosen freie Hand lasse in der Verwaltung Deutschlands und der Förderung von Polen. Andere meinen, England habe das letzte Wort noch nicht gesprochen und verlange von Frank-reich noch etwas mehr, nämlich ein wichtiges Schu- und Trugbündnis gegenüber Nordamerika.

Tatsächlich wird die Weltpolitik verzweifelter, seit-dem die Vereinigten Staaten wieder am Werk der Zeit erschienen sind. Das reiche, große und selbstbewußte Nordamerika tritt immer mehr als gefährlicher Neben-bühler der englischen Weltmacht auf. Nicht bloß in Handel und Industrie, sondern auch im Flottenbau. Den Wettbewerber in der Schiffsrüstung kann England nicht leiden. Es ist 1914 in den Krieg eingetreten, um die gefährdete deutsche Seemacht zu vernichten. Es wird einen neuen Krieg führen, wenn Nordamerika nicht aufhört mit den Schiffsbanten.

Für diesen künftigen Kampf um die Welt Herrschaft

einen stummen Gruß getauscht hatte... was hatte der Fürst da zu suchen gehabt? Sie hatte niemand zu fragen gewagt. Sie wußte es bis zur heutigen Stunde nicht.

Dreimal hatte die Erde sich verjüngt, dreimal die goldige Frühlingssonne das Herz der Bekümmerten mit froher Hoffnung durchwärmt. Julianens Seele däm-merte dahin, in unendlichem, ewigem Winterschlaf. Für sie trieb kein junger Sproß, sang kein Vogel, blühten keine Blüten. Sie sah keinen Menschen außer dem Arzte, der nie ein Wort der Klage von ihr vernahm, und Ida, deren stilles Wesen sie liebgewonnen hatte. Stundenlang starrte sie vor sich hin, ohne Schmerz und ohne Lust, in dumpfer Teilnahmslosigkeit, und wenn sie sich aufrichtete, elkte sie, als ob sie wegen ihrer Säumig-keit eine Strafe zu gewärtigen habe, zu ihrem Alibi-belpöster und arbeitete mit einer Art wilder Begierde, bis sie der Mühen Schmerz und die Stäbchen ihren fleißig gewordenen Fingern entfielen.

So sah sie auch heute neben dem offenen Fenster und arbeitete rastlos. Auf einmal fuhr sie erschrocken zusammen. Alles Unverwartete erschreckte sie. Ida, deren Schritte der Teppich gedämpft hatte, stand neben ihr, einen Teller in der Hand, auf dem ein Brief lag. Die Gräfin zitterte heftig und legte ihre Stirn in unwillige Falten.

„Ich bitte gehoramt um Verzeihung“, sagte Ida. „Die alte Frau, die den Brief gebracht hat, machte es sehr dringend; sie meinte, die gnädige Frau Gräfin würden den Brief sogleich lesen und Antwort geben.“

Juliane riß den Umschlag auf und las die Unter-schrift.

„Es ist gut“, versetzte sie. „Die Frau soll in einer Stunde wiederkommen. Ich werde sehen, ob ich dar-auf zu antworten habe.“

Ida verneigte sich und ging.

Der Brief lautete:

„Berlin, 13. Mai 1883.“

Hochverehrte gnädigste Frau Gräfin! Seit drei Wochen bin ich aus dem Gefängnis, in dem ich drei Jahre zugebracht habe, entlassen. Das Wenige, was ich mir erspart habe und was mir vom Verein zur Unterstützung eingehändigt worden ist, ist längst aufgebraucht. Ich bin meiner Wirtin schon seit über einer Woche die Miete und Kost schuldig, und meine Wirtin will nicht länger warten. Ich habe mich ver-geblich nach einer Stelle umgesehen, aber ein Mädchen, das wegen Diebstahls bestraft ist und drei Jahre ge-fesselt hat, nimmt niemand. Ich bin ganz verzweifelt, und in meiner Verzweiflung wende ich mich an das gute Herz der gnädigen Frau Gräfin. Die Frau Gräfin wissen ganz gut, daß ich unschuldig gelitten habe. Und wenn ich alles gesagt hätte, wäre vielleicht alles

brauchen beide Teile Bundesgenossen. Frankreich ist wertvoll, sowohl für John Bull als für Deutschland. Die Franzosen wissen das und lassen ihr Selbstbewußtsein um so mehr ins Kraut schießen. Sie suchen von beiden Seiten möglichst viel herauszuschlagen. In Washington, die dem neuen Präsidenten Harding an den Zahn (und besonders auf die Tasche) fühlen sollte, Frankreich heimlich dort viel freundliche Worte an, aber nichts reales. Jetzt soll England zeigen, was es bieten kann.

Die Schimpf- und Drohhreden, in denen der fran-zösische Ministerpräsident Briand sich neuerdings nicht genug tun kann, sollen offenbar verschiedenen Zwecken zugleich dienen. Sie sollen Deutschland erschrecken, sie sollen Herrn Briand die Gunst von Koch, Poincaré und den übrigen kampflustigen Nationalisten sichern, und sie sollen auch den Engländern klar machen, daß die franzö-sische Frankreich nicht billiger zu haben ist, als durch volle Unterstützung der Pariser Gewaltpolitik.

Demgemäß nimmt Herr Briand den großen Mund so voll, wie es ihm nur eben möglich ist. Er will nicht bloß unser ganzes Ruhrgebiet mit seinen bunten Truppen überschweben, sondern neuerdings kündigt er sogar an, daß der industrielle Teil von Ober-schlesien an Polen fallen und nur der landwirt-schaftliche Teil bei Deutschland verbleiben soll. Wo ob er und sein famoser General De Mond allein zu entscheiden hätten! Als ob sie über die Ergebnisse der Abstimmung sich einfach hinwegsetzen könnten! Als ob die deutsche eine wesentliche Quelle seiner wirt-schaftlichen Kraft entziehen und zugleich von dem ge-raubten Deutschland 226 Milliarden verlangen dürften!

Dieses tolle Treiben läßt sich nur erklären, wenn man annimmt, es sei entweder die volle Vernichtung Deutschlands blindwütig beschlossen, oder man habe so maßlose Forderungen, um in dem diplomatischen Spiel mit England möglichst viel herauszuholen.

Und was macht Deutschland inzwischen? Ge-tut das einzige, was ihm nach Lage der Dinge am Zeit möglich ist. Unsere Regierung arbeitet an neuen Vorschlägen für eine erträgliche Verständigung. Einen Hauptpunkt darin bildet aufeinander der Plan, daß Deutschland einen Teil der Schulden übernehme, welche die Alliierten bei Nordamerika haben, wodurch der geldbedürftigen Franzosen eine schnelle und be-deutende Finanzentlastung verschafft werden könnte. Die Entscheidung liegt natürlich bei dem amerikanischen Gläubiger, und es soll dieserhalb schon in Washington angefragt worden sein.

Nach alledem ist es noch keineswegs ausgemacht, daß am 1. Mai schon die Kriegstrommel des Marschalls hoch geschlagen wird. Wir müssen freilich auf das Schlimmste gefaßt bleiben, aber wir brauchen uns nicht durch große Drohhreden ins Bockshorn jagen zu lassen.

Briand poltert weiter.

Neue Drohhreden in der Kammer.

Im Auswärtigen Ausschuss der französischen Kam-mer hielt Briand schon wieder eine Rede über die Reparationsfrage. Er sagte, daß neue Verhand-lungen mit Deutschland ausgeschrieben seien, wenn nicht vorher neue Bürgschaften gestellt wür-den. Das Ruhrgebiet soll also so oder so besetzt werden, im Falle, daß Deutschland „guten Willen“ zeigt, als „Bürgschaft“, im entgegengesetzten Falle als „San-ktion“.

Der Ministerpräsident erwähnte weiter, daß sich der Kabinettsrat am Freitag morgen mit den am 1. Mai zu treffenden Maßnahmen beschäftigt habe, für den Fall, daß Deutschland bis dahin seine Verpflich-tungen nicht erfüllt hätte. Die Maßnahmen würden nicht nur in der Befestigung neuer deutscher Gebiete, sondern auch in Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher Na-tur bestehen. Die Regierung habe bereits einen Ge-samtplan ins Auge gefaßt, der aber nur im Ein-

anders getöntem, und ich hätte nicht drei Jahre un-schuldig leiden brauchen. Und die gnädige Gräfin wer-den mit einem armen, unglücklichen Mädchen, das im-mer reinen Mund gehalten hat und die gute gnädige Frau ganz gewiß nicht betrüben möchte, Mittel haben, und fünfhundert Mark sind für die gnädige Gräfin nur eine Kleinigkeit; ich aber würde sie glücklich machen, ich hätte mir alles zutreffen lassen und Berlin ver-lassen, wo ich doch keine Stelle finde. Und ich würde der gnädigen Frau ewig dankbar, und von mir soll nie jemand etwas erfahren.

Der gnädigen Frau alleruntertänigste Dienstin-nerte Schmidt.

Nachschrift. Die Wirtin wartet auf Antwort.

Als Juliane den Brief gelesen hatte, stieg sie den Kopf auf ihre Rechte und lächelte. Sie empfand eine Art blöder Befriedigung, daß etwas, das sie immer erwartet hatte, nun endlich eingetroffen war. Sie begriff sehr wohl die erpresserische Absicht, die die Schreiberin des Briefes geleitet hatte, aber es be-rührte sie kaum. Sie hatte auch die deutliche Empfin-dung, daß, wenn sie dem in dem Briefe an sie gestell-ten Verlangen entspräche, es bei dieser einmaligen For-derung nicht sein Verenden haben würde. Auch das war ihr gleichgültig. In ihrer Kassetten lagen ja wohl außer den Depositionsscheinen achtundvierzig oder fünfzig Mark. Sie brauchte kein Geld. Sie hatte keine Ge-schäfte. So lange das Geld reichte, brauchte sie mit ni-mand zu sprechen. Und was brauchte sie sich um spätere Möglichkeiten zu kümmern? Was sollte sie an ihre Zukunft denken? Wie lange möchte ihre Zukunft überhaupt noch währen?

Sie erhob sich und schloß müde zu einem kleinen Boulefränkchen, in dem allerhand Dinge, die aus dem einen oder anderen Grunde Wert für sie hatten, ver-schlossen waren. Und als Ida mit der Meldung, daß die alte Frau wieder da sei, das Zimmer betrat, mit dem darin ihr Juliane schweigend den Umschlag, mit dem darin, enthaltenen Geld.

Sie war froh, daß die Sache abgetan war, und nahm mit erneuertem Eifer ihre Arbeit wieder auf. Als Berta nun den ihr von ihrer Wirtin über-reichten Briefumschlag öffnete und in diesem die fünf-blauen Scheine ohne ein Wort des Vorwurfs oder auch nur der Ermahnung fand, da blühten ihre begehrteten grauen Augen hell auf, eine eigentümliche Abre-glähle auf ihren Wadenknöcheln, und sie lächelte in be-sonderer Weise. Sie war in ihrer völligen Mittel-lostigkeit so kleinmütig und verzagt gewesen. Das Gut, das sie jetzt ihr eigen nennen durfte, gab ihr Mut. Sie verlor keinen Augenblick. Noch im Laufe des selben Tages, an dem sie in den Besitz ihres Geldes

